

Wirtschaft und Staat im Spannungsfeld: Chance oder Dilemma für die FDP?

von Peter Weigelt, St.Gallen

Die Frage nach der Stellung des Freisinns zwischen Staat und Wirtschaft verlangt keine tagesaktuellen Antworten, sondern grundsätzliche Überlegungen. Einerseits erkennen viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in der FDP immer noch die staatstragende Partei, während andererseits die neue FDP Führung wieder verstärkt die Wirtschaftskompetenz als die Kernkompetenz der FDP unterstreicht. Im Umfeld der Liberalisierungs-Debatte um Post, Bahn und Telekommunikation sowie akzentuiert durch die Ereignisse rund um die Swissair wird versucht, Staat und Wirtschaft als sich konkurrenzierende Interessensphären darzustellen.

Im Spannungsfeld dieser Diskussion ist die FDP als Wirtschaftspartei mit staatstragendem Verständnis besonders gefordert. Es stellt sich die Frage, ob sich die FDP überhaupt als staatstragende Partei und gleichzeitig als Wirtschaftspartei profilieren kann und darf. Etwas plakativer formuliert: Kann eine dem internationalen Wettbewerb ausgesetzte Wirtschaft eine Politik akzeptieren, die auf einen ungebrochenen Glauben an die staatliche Machbarkeit ausgerichtet ist? Kann eine Partei, die Wirtschaftskompetenz beansprucht, eine auf Schulden- und Subventionswirtschaft bauende Politik langfristig glaubwürdig mittragen? Und gibt es so etwas wie eine doppelte Loyalität gegenüber Staat und Wirtschaft?

Selbstdispensation von Mitverantwortung

Misst man diese Fragestellungen an den aktuellen Herausforderungen für unseren Staat sowie an den Prioritäten einer global herausgeforderten Wirtschaft, wird ersichtlich, dass nur noch wenige tragfähige Verbindungselemente auszumachen sind. Es entsteht der Eindruck, dass sich der Graben zwischen Staat und Politik einerseits sowie der Wirtschaft andererseits rasch vergrössert und dass er je länger je unüberbrückbarer wird. Dass diese dramatische Entwicklung nicht nur den Staat, sondern unser politisches System insgesamt trifft, wird vielerorts noch nicht erkannt. Das Fehlen der Identifikation mit dem Staat und den politischen Institutionen führt viele Unternehmer und Kader dazu, der Politik im allgemeinen und der FDP im besonderen eine Absage zu erteilen. Die Selbstdispensation von staatspolitischer Mitverantwortung fällt bürgerlich gesinnten Wählern um so leichter, je mehr die Politik zur Arena verkommt, in der Politikerinnen und Politiker nur noch als Selbst-Darsteller auftreten. Auf der Bühne der Politik zeichnen nämlich zwar die Vertreter der Legislativen und Exekutiven weitgehend für die Auswahl der aufzuführenden Stücke verantwortlich, doch die Regie führt längst die 4. Gewalt im Staate, die Medien. Besonders verhängnisvoll ist, dass die Medien in ihren Inszenierungen auf einzelne, ihnen eng verbundene Primadonnen setzen und sich einem expressionistischen Charakter verpflichten, der nur den harten Gegensatz zwischen schwarz und weiss sucht.

Klarere Positionen sind nötig

Angesichts dieser Kritik stellt sich die Frage nach der Position des Freisinns zwischen Staat und Wirtschaft und die grundsätzlichere nach der Positionierung der Parteien im Konkordanzsystem. Der Bundesstaat von 1848 wurde vom Freisinn geschaffen und bis tief ins 20. Jahrhundert geprägt. Damit waren in den Anfangsjahren des Bundesstaates seine Inhalte identisch mit dem Wesen des Freisinns. Mit einem Wähleranteil von rund 20% verfügt die FDP zurzeit aber nur noch über eine ansehnliche Minderheit im eidgenössischen Parlament. Trotzdem wird sie noch sehr direkt mit dem Bundesstaat identifiziert, obwohl in der politischen Wirklichkeit oft nicht einmal mehr bürgerliche Mehrheiten

gewährleistet sind. Ähnliches gilt für den Bundesrat, der einmal aus sieben Freisinnigen zusammengesetzt war. Heute ist die FDP noch mit zwei Siebteln vertreten und damit auch in der Exekutive gezwungen, auf Kompromisse einzugehen. Dass freisinnige Bundesräte diese Kompromisse im Sinne des Kollegialsystems nach aussen loyal und überzeugend vertreten, ehrt sie. Doch von der Partei oder ihren Exponenten die selbe Loyalität zu fordern, ist weder politisch noch taktisch sinnvoll. Denn wenn eine Partei erkennbar sein will, hat sie sich nicht an einzelnen Personen und durch den Konsens verwässerten Botschaften zu orientieren, sondern an ihren eigenen, grundsätzlichen Positionen. So antwortete der Präsident der deutschen FDP, Guido Westerwelle, auf die provokative Unterstellung, die FDP habe es in Deutschland gut, sie könne nur fordern, da sie zu klein sei, um etwas durchzusetzen: „Wir gehen jede Entscheidung mit der Fragestellung an: Wie würden wir handeln, wenn wir allein entscheiden könnten. Denn diese Antwort interessiert den Wähler!“

Welchen Staat wollen wir?

Damit die Antwort im Sinne Westerwelles glaubwürdig formuliert werden kann, hat der Freisinn einige Hausaufgaben zu lösen. So hat der staatstragende Freisinn zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder einmal zu definieren, welchen Staat er mitgestalten will. Erst wenn die FDP glaubwürdig definiert, was sie will, wird sie nach innen und aussen wieder als politische Kraft erkennbar. Politische Kraft ist nicht primär eine Frage von interner Disziplin und parteipolitischer Loyalität, sondern von Mut und Kraft zu einer Vision für die FDP zur Vision einer liberalen Schweiz! Dabei hat sich die FDP am paradoxen Leitmotiv vom „starken und schwachen Staat“ zu messen. Die vordergründige Gegensätzlichkeit von „stark und zugleich schwach“ ist zu erläutern.

Grundsätzlich muss der Staat bezogen auf seine wirtschaftspolitischen Kompetenzen möglichst „schwach“ ausgestaltet sein. Das kann durch ein hohes Zustimmungserfordernis im National- und Ständerat oder andere institutionelle Regeln (z.B. stärkeren Föderalismus) erreicht werden. Das Ziel eines „starken Staates“ ist es einerseits, Einbrüche in die geschützten Freiräume von Individuum und Wirtschaft weitgehend zu verunmöglichen und andererseits, den politischen Gruppen, die staatliche Unterstützung suchen, enge Grenzen zu setzen. Besonders gilt es, jedes Lobbying für einseitige, interessenorientierte Interventionen in die freie Wirtschaftsordnung abzuwehren.

Mehr Freiheit - weniger Staat?

Kommt man vor dem Hintergrund der dargestellten Forderung nach einem gleichzeitig starken wie schwachen Staat auf die einleitende Frage „Politik versus Staat?“ zurück, stellt man fest, dass der Gegensatz kleiner ist als vordergründig angenommen. Gerade die Wirtschaft als Ganzes hat alles Interesse an einem „starken“ Staat, der individuelle Freiräume erhält, Wettbewerbsfreiheit garantiert und nicht mit Blick auf Partikularinteressen den einen etwas wegnimmt, um es anderen zu geben. Für die FDP heisst dies, dass sie als Wirtschaftspartei durchaus eine kraftvolle Staatspolitik betreiben kann und muss. Gleichzeitig muss sie aber auch den Mut finden, sich überall dort für einen „schwachen Staat“ stark zu machen, wo Interventionen in den Marktprozess drohen und individuelle Freiheiten eingeschränkt werden. Diesen Überlegungen muss sich der Freisinn nicht nur in Bezug auf unseren Bundesstaat und unsere Wirtschaftsordnung stellen; sie fordern die FDP auch bezüglich ihrer Rolle als staatstragende Partei heraus. Auch die FDP selbst muss „stark“ und „schwach“ zugleich sein, stark dort, wo Ideen und grundsätzliche Antworten gefragt sind, und schwach dort, wo Parteibürokratie und interne Strukturdebatten dominieren.

Statt Parteidisziplin Grundsatztreue

Der Freisinn hat nach der erfolgreichen Gründung unseres Bundesstaates rund 50 Jahre gebraucht, bis er sich zu einer nationalen Partei zusammengeschlossen hat. Es ist vielleicht symbolisch, dass der Freisinn in dieser „formlosen“ Struktur die umwälzendsten Ideen lanciert und realisiert hat. Die in jüngster Zeit oft gehörte Forderung nach mehr parteipolitischer Disziplin ist daher in eine Forderung nach mehr Ideen und mehr Mut zu eigenständigen Positionen umzuwandeln. Wenn die FDP das Spannungsfeld von „Staat und Wirtschaft“ als Chance erkennt und mit liberalen Visionen füllt, stellt sich die Frage nach innerer Geschlossenheit nicht mehr. Unter solchen Vorzeichen könnte die einleitende Frage positiv beantwortet, könnte das aktuelle Dilemma zur echten Chance werden. Doch noch braucht diese Schlussfolgerung den Konjunktiv.

Anmerkung

Nationalrat Peter Weigelt (St. Gallen) ist Präsident der Medienkommission FDP Schweiz.